



# Interviews

**02. Februar 2024**

## **Friedbert Meurer im Gespräch mit Anna Cavazzini**

**Meurer:** Anna Cavazzini ist die Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europaparlament von den Grünen. Guten Morgen, Frau Cavazzini.

**Anna Cavazzini:** Schönen guten Morgen aus Brüssel.

**Meurer:** Ich lese, Sie sind ziemlich sauer auf die FDP. Aber ist es nicht das Recht von Finanz- und Justizminister, auf die Bremse zu treten, auch in letzter Sekunde, wenn sie zu der Erkenntnis kommen, das schadet der deutschen Wirtschaft?

**Cavazzini:** Ich finde, man muss sich noch mal überlegen, was ist das Ziel des Gesetzes. Sie haben das auch schon angesprochen. Natürlich geht es darum, Unternehmen bestimmte Pflichten aufzuerlegen, dass sie ihre Lieferketten prüfen, dass es nicht zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt, und genau da ist der Knackpunkt. Es geht darum, Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden – wir haben ganz oft verheerende Arbeitsbedingungen – zu verbessern, und das muss man sich immer noch mal vor Augen führen. Es geht nicht darum, Bürokratie umsonst den Unternehmen aufzubürden. Es geht wirklich um konkrete Verbesserungen von der Lage von Menschen, und ich glaube, da muss man immer abwägen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist in der Tat eine europarechtliche Verfahrensfrage. Wir haben das Gesetz jetzt sehr, sehr lange verhandelt mit vielen Akteuren im Europäischen Parlament, mit 27 Mitgliedsstaaten. Unter all diesen Akteuren gab es dann eine Einigung und natürlich ist es dann ein bisschen überraschend, wenn Deutschland, die Bundesregierung in letzter Sekunde von der Fahnenstange geht.

**Meurer:** Haben Sie eine Erklärung dafür, warum das so gekommen ist?

**Cavazzini:** Es stimmt, dass die FDP immer auch kritisch war, aber die FDP hat viele Jahre auch gesagt, das deutsche Lieferkettengesetz sehen wir kritisch, aber für ein europäisches Gesetz sind wir. Das hat den Hintergrund, den ich auch sehr stark unterstütze, dass man

sagt, na ja, man will gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem ganzen europäischen Binnenmarkt. Es sollen sich nicht nur die deutschen Unternehmen darum kümmern, sondern auch bitte alle Unternehmen in der Europäischen Union.

**Meurer:** Das macht ja Sinn zu sagen, wir wollen gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU, also gibt es ein solches Gesetz EU-weit. Warum muss es aber strenger sein als das deutsche?

**Cavazzini:** Ob das europäische jetzt strenger oder weniger streng ist, darüber kann man lange streiten. Ich würde sagen, dass es viele der Kriterien, die die FDP aufgestellt hat, erfüllt. Ich finde, das europäische Gesetz ist viel klarer. Es gibt einfache Regeln. Es wird deutlicher gesagt, dass es um einen risikobasierten Ansatz geht. Es geht nicht darum, dass deutsche oder europäische Unternehmen alle Zulieferer, Subzulieferer und so weiter und so weiter, 3000 Leute untersuchen müssen, sondern sie müssen sich anschauen, wo gibt es ein großes Risiko. Importiere ich zum Beispiel irgendwo einen Rohstoff aus dem Kongo, dann müsste man da genauer reingucken. Wenn ich jetzt aber Nudeln aus Italien importiere, dann muss ich da überhaupt nicht reingucken. Der risikobasierte Ansatz wird mit dem europäischen Gesetz gestärkt und die Berichtspflichten werden sogar abgebaut im Vergleich zum deutschen Gesetz.

**Meurer:** Auf der anderen Seite gilt es nach europäischem Recht für Unternehmen schon ab einer Größe von 500, beim deutschen Gesetz 1000. Warum 500 auf europäischer Ebene? Warum ist man mit der Zahl runtergegangen und dann werden jetzt mehr Unternehmen erfasst, die da mitmachen müssen?

**Cavazzini:** Die Einigung, die wir im Dezember im Trilog erzielt haben, sieht vor, 500 Beschäftigte, aber auch 150 Millionen Euro Jahresumsatz. Letzte Berechnungen der Kommission, die sich das noch mal angeschaut hat, zeigen jetzt auch, dass es gar nicht so viel mehr Unternehmen sind, im Gegenteil wahrscheinlich sogar weniger.

Ich finde, der Vorteil vom europäischen Gesetz ist außerdem, dass auch Unternehmen, die woanders ihren Sitz haben, in den USA oder in China, und auch einen gewissen Jahresumsatz in der EU haben, mit einbezogen werden. Das heißt, das Lieferkettengesetz wirkt auch über Europa hinaus und schafft auch auf dem Weltmarkt gleiche Wettbewerbsbedingungen.

**Meurer:** Ich picke noch einen Punkt heraus, Frau Cavazzini, weil so viel darüber geredet wird. Sie haben jetzt begründet, warum 500, und da gibt es die Zahl von 150 Millionen Mindestumsatz. Die Wirtschaft sagt, diese zivilrechtlichen Strafen und Sanktionen, die sind zu

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

hoch. Bußgelder bis hin zu fünf Prozent des Umsatzes. – Sind die Bußen im Zweifelsfall zu hoch und werden sie unterschiedslos egal für welches Vergehen angewendet?

**Cavazzini:** Genau. Einmal ist die Frage von Sanktionen, wenn Unternehmen nicht dem Gesetz Folge leisten und diese Sorgfaltsprüfung einfach nicht machen, und Sanktionen gibt es auch schon im deutschen Gesetz. Dann ist aber die Frage nach der Haftung. Die Frage der Haftung gibt es in der Tat nicht im deutschen Gesetz. Deswegen ist das auch ein großer Stein des Anstoßes für die FDP. Aber das ist vielleicht auch ein schönes Beispiel, noch mal zu zeigen, wie sehr wir in den Verhandlungen wirklich auf die deutsche Bundesregierung zugegangen sind, ich glaube, auch von Seiten des Parlamentes, wenn Sie jetzt auch andere Parlamentarier fragen würden, auch von der eigenen Fraktion, würden die sagen, vielleicht sogar zu weit. Die Haftungsklausel haben wir sehr, sehr stark an das deutsche Zivilrecht angepasst, um wirklich auch der FDP entgegenzukommen, aber an sich ist diese Haftungsklausel wichtig, weil Opfern von Menschenrechtsverletzungen der Zugang zum Recht erleichtert werden muss. Aktuell ist es sehr schwierig, wenn zum Beispiel eine Textilfabrik in Bangladesch einstürzt und da wirklich hunderte, tausende Menschen sterben, dass dann die Familien wirklich zu ihrem Anspruch kommen. Das vereinfachen wir, aber das heißt nicht, dass die Unternehmen wegen jedem kleinen Vergehen verklagt werden können. Nein, nur wenn sie wirklich wesentlich Risiken ignoriert haben, und ich glaube, das ist eine gute Regelung.

**Meurer:** Aber sie werden, Frau Cavazzini, zunächst mit dieser Klage möglicherweise dann konfrontiert, dass eine Gewerkschaft aus Indien eine Firma in Deutschland oder in Europa verklagt, die dann ganz überrascht ist, wo kommt das jetzt her.

**Cavazzini:** Genau, das ist möglich. Aber ich finde es wie gesagt auch sehr, sehr wichtig, weil man Opfer von Menschenrechtsverletzungen auch Entschädigungen am Ende zugestehen muss und den Zugang zum Recht – das ist ja eines der fundamentalen Grundrechte – auch vereinfacht. Aber wie gesagt, das heißt nicht, dass ein Unternehmen mit den Beinen quasi schon im Gefängnis steht, weil es sind unglaublich hohe Hürden darin, die wirklich dazu führen, dass Unternehmen verklagt werden, dass man als Unternehmen weiß, in dieser Fabrik waren keine Feuernotausgänge und man hat das schriftlich und das wird einem nachgewiesen. Dann kann man verklagt werden, aber nicht, wenn irgendwo auf der Welt irgendwas passiert. Das ist eine Falschinformation.

**Meurer:** Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD will last minute einen Kompromiss anbieten, weniger Bürokratie für deutsche Unternehmen, und es soll ein Jahr das deutsche Lieferkettengesetz insofern ausgesetzt werden, dass die Unternehmen dann nicht berichten müssen. Ist das die Basis für eine Lösung?

**Cavazzini:** Aus meiner Perspektive ist der Kompromiss ein bisschen schmerzhaft. Ich finde das deutsche Lieferkettengesetz und die Berichtspflichten auch wichtig. Aber ich finde es gut und ich finde es richtig, dass Hubertus Heil da einen Versuch macht, auf die FDP noch mal zuzugehen, und ich wünsche mir wirklich, dass die FDP auch sieht, dass sich wirklich alle bewegen, weil ich will noch mal sagen: Das, wie sich Deutschland verhält, hat nicht nur zu tun mit der Frage, kriegen wir wirklich ein Lieferkettengesetz oder nicht. Das Ganze, wie sich gerade Deutschland verhält, hat auch wirklich europapolitische Implikationen. Wir haben immer mehr und mehr die Situation, dass Gesetze fertig verhandelt werden und auf einmal die Bundesregierung doch irgendwie einen Rückzieher macht, der berühmte „german vote“, und hier in Brüssel kommt das nicht so gut an. Wir stehen als sehr unverlässlicher Verhandlungspartner da. Und ehrlich gesagt strahlt das auch auf andere Länder aus. Auf einmal sagen auch andere Länder, ach ja, das Gesetz haben wir jetzt zwei oder drei Jahre verhandelt, ich habe auch mitverhandelt, habe fast alles reinbekommen, aber trotzdem stimme ich nicht zu, und das ist europapolitisch wirklich risikoreich. Auch deswegen appelliere ich an die FDP, da noch mal ihre Haltung zu überdenken.

**Meurer:** Gibt es eine Chance für das Gesetz der Gestalt, dass, wenn Deutschland sich nächste Woche der Stimme enthält, es trotzdem eine Mehrheit für das Gesetz gibt?

**Cavazzini:** Es gibt noch eine Chance, aber es haben schon einige vor allen Dingen eher rechte Regierungen gesagt, sie wollen nicht zustimmen. Deutschland hat als größter Mitgliedsstaat auch eine sehr große Strahlkraft und wenn Deutschland sagt, sie enthalten sich, ist das Risiko sehr hoch, dass dann andere Staaten auch sagen, dann wollen wir auch nicht. - Es gibt eine Chance, aber sie ist klein.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*